



l. V. H. gemeinsam

Kreistagsfraktion Landkreis Kassel

An den
Kreistagsvorsitzenden
Herrn Gerald Herber
Kreishaus
Wilhelmshöher Allee 19-21
34117 Kassel

*↓
neueste Fassung*

*21./2.
Feb.*

*Gemeinsam
Barney
alle Fraktionäre*

Kassel, 21. Februar 2008

Sehr geehrter Herr Herber,

bitte setzen Sie folgenden konkurrierenden Antrag zu TOP 14 auf die Tagesordnung der Kreistagssitzung am 21. Februar 2008.

Antrag:

Der Kreisausschuss wird angesichts der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 20.12.2007 aufgefordert, sich bei den maßgeblichen Stellen dafür einzusetzen, dass die Aufgabe der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) vollständig den Landkreisen und kreisfreien Städten übertragen wird. Voraussetzung dafür ist, dass der Bund seinen bisherigen Finanzierungsanteil weiterhin uneingeschränkt trägt.

Den bisher in der ARGE beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind schnellstmöglich Perspektiven aufzuzeigen, wie sich ihre Arbeits- und Beamtenverhältnisse auch nach einer entsprechenden Neuorganisation gestalten.

Die Frage eines gemeinsamen Vorgehens mit der Stadt Kassel stellt sich ggf. erst, wenn der Gesetzgeber entsprechend dem BVerfG-Urteil eine verfassungskonforme Organisationsform für die Aufgabenwahrnehmung gefunden hat.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

Ulrike Gottschalck
Fraktionsvorsitzende